

WIRTSCHAFT

Tesla gibt Gas mit Strom 12
Börse 16
Entdecken 20

„EnBW-Modell gegen die Rebellen“

Stromversorgung In den Hinterzimmern der Energielobby wird an einem großen Plan gebastelt: Im Herzen Württembergs will sich die EnBW die Hoheit über das Netz für weitere 20 Jahre sichern. Die Freunde sitzen in den Rathäusern. Von Josef-Otto Freudenreich

Strom ist etwas, was man nicht zeigen kann. So gesehen ist es ganz günstig, dass Klaus Kopp wenigstens berühmte Butterdosen, Eierbecher, Salz- und Pfefferstreuer („Max und Moritz“) vorzuweisen hat. Die stehen in seinem Besprechungszimmer in einer Glasvitrine, und stammen von dem bedeutenden Industriedesigner Wilhelm Wagenfeld, der damit, via WMF, Hunderttausende Haushalte beglückt hat. Alles andere in der Stuttgarter Breitlingstraße ist höchst unspektakulär.

Dort ist der Neckar-Elektrizitätsverband (NEV) untergebracht, an der Spitze Klaus Kopp, der Geschäftsführer, ein ungeheuer seriöser Mensch, dessen auffälligstes Accessoire ein goldfarbenes Brillenetui ist. Eigentlich will er gar nicht in der Zeitung stehen, was auch damit zusammenhängen mag, dass sein Unternehmen eher im Stillen wirkt und keinen Wert auf Schlagzeilen legt. Dabei ist dieser Laden, rein zahlenmäßig betrachtet, keine Klitsche: Dem NEV gehören 168 Städte und Gemeinden sowie

bodenständiger Manager, wie Geschäftsführer Kopp betont, sind sie zufrieden.

Warum also nicht zum gemeinsamen großen Wurf ausholen? Rechtzeitig vor 2012, wenn die Konzessionsverträge über die Stromlieferung auslaufen, wenn jede Gemeinde selbst darüber befinden kann, mit welchem Versorger sie ins Geschäft kommen will. Das Zauberwort heißt „Netz-KG“. Im Angebot steht das Stromnetz der EnBW, das an eine GmbH & Co. KG übertragen werden soll, an welcher der NEV (15,1 Prozent), die Kommunen (35,9) und die EnBW (49) beteiligt sein sollen. Als Kaufpreis sind 500 Millionen Euro angegeben.

kommen. Zudem sei die EnBW, die als Netzbetreiberin vorgesehen ist, ein „professioneller Partner“, auf den man sich verlassen könne. Zieger, der auch im NEV-Verwaltungsrat sitzt, hat es deshalb eilig. Er will bereits in der ersten Jahreshälfte 2010 eine Entscheidung haben.

Einer, der sich darüber mächtig ärgert, ist sein Kollege aus Tübingen, der grüne Boris Palmer. „Die Sozis hängen sich immer gern an die Großen, um nach zehn Jahren den Fehler einräumen zu müssen“, ätzt er aus der Unistadt, die beim Klimaschutz („Tübingen macht blau“) und Bürgernutz bekanntermaßen ganz vorne ist. Palmers Stadtwerk bietet alles in Eigenregie an: Netz, Erzeugung und Vertrieb und natürlich das gute Gewissen,

vorgefunden hat. Dort hat die EnBW ein Komplettangebot gemacht und gewonnen – gegen die Stadtwerke Tübingen, obwohl sie bessere Preise offeriert hatten. Der junge OB spricht dabei gerne von der „politischen Landschaftspflege“ des bestvernetzten Unternehmens, und von einem „beinharten Kampf“ um Kunden, in dem der EnBW „jedes Mittel recht“ sei, bis hin zur Drohung, Wettbewerber plattzumachen. Im Übrigen gelte noch der schlechte Satz: „Wer das Netz hat, hat den Kunden“.

Nun muss man um die EnBW nicht bangen. In 700 der 1102 Gemeinden im Land haben sie die Elektrizitätsversorgung im Griff. Aber die Zusammenschlüsse der Stadtwerke Bietigheim-Bissingen, Friedrichshafen, Göppingen, Mühlacker, Schwäbisch Hall und Tübingen, das Regionalwerk Bodensee, die Absatzbewegungen im Südbaden, die Kündigungen der Landeskirchen – all das hat den Nerv des Monopolisten getroffen.

Sehr genau wird in Karlsruhe registriert, dass auch der Städtetagspräsident und Ulmer Oberbürgermeister Ivo Gönner (SPD) für „zukunftsfähige Stadtwerke“ wirbt und eine hundertprozentige Unabhängigkeit Ulms anstrebt. Unterstützt wird er von Baden-Württembergs Umweltministerin Tanja Gönner (CDU), die in den Stadtwerken einen wichtigen Partner für den Klimaschutz und eine „bedeutende Säule“ in der Energiewirtschaft erkennt. Und jetzt kommen noch die Pläne Stuttgarts hinzu, die Energieversorgung wieder in die eigene Hand zu nehmen.

Die „Netz-KG“ wäre vor diesem Hintergrund ein echtes Stoppschild – und ein Warnsignal an die Wankelmütigen, sich nicht ins Lager der Rekommunalisierer locken zu lassen.

Die Stadtwerke Bietigheim-Bissingen sind schon vor 17 Jahren ausgesichert. Ihr Geschäftsführer Rainer Kübler sieht in der

„Netz-KG“ ein „EnBW-Modell gegen die Rebellen“, und warnt die Gemeinden, sich dem Verbund anzuschließen. Allein die „winzigen Anteile“ an der Gesellschaft würden verhindern, erläutert Kübler, dass sie etwas zu sagen hätten. Statt den bequemeren Weg mit dem Konzern zu wählen, sollten sie „eigenes Knowhow“ aufbauen, an kleinere Zusammenschlüsse oder an eine eigene Vollversorgung denken. Ab 30 000 Einwohnern rechne sich das, sagt Kübler. Die Bürgermeister könnten aber auch in Zukunft die Hände in den Schoß legen, was zumindest einen Vorteil hätte: Sie könnten erboste Rathausbesucher weiterhin an die EnBW verweisen, wenn wieder einmal ein Graben vor ihrem Haus aufgerissen werde.

Zu all dem möchte sich die EnBW nicht äußern. Man bitte um Verständnis, bedeutet ein Sprecher, dass das Unternehmen mit der „gebotenen Zurückhaltung“ an die Sache herangehe. Im Moment sei der NEV „Herr des Verfahrens“ und deshalb wäre es „kein guter Stil“, sich öffentlich einzumischen.

Das geschieht besser hinter den Kulissen. Zum Beispiel im Kernforschungszentrum Jülich, wo sich der NEV, zahlreiche Bürgermeister und die EnBW vergangene Woche im Rahmen einer „Fachexkursion“ (Kopp) getroffen haben.

kein Umweltsünder und Finanzier für die Pension des ehemaligen EnBW-Chefs Utz Claassen zu sein. Damit ist der Sohn des Remstalrebellen zum Feind der EnBW geworden, weniger wirtschaftlich als ideologisch, weil das David-und-Goliath-Spiel einen hohen Emotionsfaktor hat.

Die „Netz-KG“, das Synonym für neue Größe, wird deshalb zum neuen Reizwort werden, in einer Debatte, die zum Kleinen neigt. Ihr Begriff heißt Rekommunalisierung und ihre Vorreiter sind die Grünen. Im vergangenen Jahr haben sie einen Musterkonzessionsvertrag vorgelegt, der die Kommunen ermuntern soll, auf erneuerbare Energie zu setzen und die Wertschöpfung für sich zu nutzen. „Mit der ‚Netz-KG‘“, sagt Franz Untersteller, der Energieexperte der Landtagsgrünen, „wäre diese Wende auf Jahre torpediert“. Warum, so fragt Untersteller, sollen sich 167 Gemeinden an den NEV, den

„EnBW-Lobbyverband“, und den Konzern selbst ketten? Warum sollen sie 20 weitere Jahre die Steckdose für den Atomstrom aus Karlsruhe spielen, wenn es doch auch anders geht? Nur mit dem einen Unterschied, dass sie als Netzmiteigener eine Rendite zu erwarten haben.

Darüber wird in dem „absolut unabhängigen Gutachten“ (NEV-Geschäftsführer Kopp) aus der Leinfeldener Kanzlei STR, das der „Netz-KG“ zugrunde liegt, in der Tat nichts gesagt, und darüber zeigen sich die Grünen besonders empört, weil es damit weiterhin den Karlsruher Kernkraftwerkern überlassen bleibe, welche Sorte Strom sie lieferten und wie sie es mit dem Klimaschutz hielten. Da wiederum sagt Kopp „stopp, stopp“, und verweist darauf, dass ihnen das Energiewirtschaftsgesetz verbietet, einen Netzvertrag mit Erzeugung und Vertrieb abzuschließen, und es letztlich den Gemeinden vorbehalten bleibe, in aller Freiheit zu entscheiden, welchen Anbieter sie wählen.

Darüber lacht nun wieder Palmer, der zuletzt in Herrenberg eine andere Realität

IM VISIER DER ENBW



neun Landkreise an, die sich über eine Fläche von Heilbronn im Norden bis Reutlingen im Süden erstrecken. Und laut Satzung hat dieser kommunale Zweckverband nichts weniger zu tun, als darauf zu achten, dass seine Mitglieder ordentlich mit Energie versorgt werden. Einheitlich, wirtschaftlich und umweltschonend.

Dafür, so haben sich die schwäbischen Stromer gedacht, kann es nur einen geben: die Energieversorgung Baden-Württemberg, die EnBW. Mit ihr arbeiten sie seit vielen Jahren zusammen, an ihr haben sie auch einen Anteil von 0,7 Prozent, in ihr sitzen der NEV-Chef Alexander Vogelsgang (Oberbürgermeister Böblingen) und NEV-Verwaltungsrat Heinz Eininger (Landrat Esslingen) im Aufsichtsrat, und seitdem in Karlsruhe nicht mehr Utz Claassen regiert, der sie mit seinen Bodyguards verstört hat, sondern Hans-Peter Villis, ein

Darüber wundern sich Fachleute, die von einem doppelt so hohen Wert und einem Freundschaftspreis sprechen, mit dem die Kommunen ins Boot geholt werden sollen. Der Kapitaleinsatz für Städte wie Esslingen oder Böblingen würde sich damit auf 7,8 beziehungsweise vier Millionen Euro belaufen, was als äußerst günstig gilt. Zudem wird ihnen eine Netzendite von 9,4 Prozent in Aussicht gestellt.

Einer, der davon ganz begeistert ist, heißt Jürgen Zieger und ist Oberbürgermeister von Esslingen. Der Sozialdemokrat, der vor einem Jahr noch ein eigenes Netz erwerben wollte, um „ökologisch sinnvollen“ Strom zu transportieren, verspürt neuerdings eine „Nähe zur Gemeinschaft mit der EnBW“. Nur große Netze ließen sich wirtschaftlich betreiben, sagt er, die Kleinen würden „noch große Probleme“ be-

DIE DEVISE HEISST: WEG VON DEN GROSSEN VIER

Eigene Energie In der Republik gärt es. Landauf, landab wird in den Städten und Gemeinden überlegt und verhandelt – darüber, ob es nicht besser ist, die Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Die Devise heißt: weg von den großen vier Eon, RWE, EnBW und Vattenfall. Selbst in Brüssel und Berlin genießen die „Zwerge“ Sympathien, wegen des Wettbewerbs. Damit ist eine Trendwende eingeleitet, die auch vom Städtetag Baden-Württemberg begrüßt wird. Stadtwerke würden den Klimaschutz vorantreiben, Arbeitsplätze vor Ort sichern und den Bürgermeistern Punkte beim Volk bringen, heißt es.

Die EnBW Alle 20 Jahre werden die Konzessionsverträge zur Errichtung und zum Betrieb der örtlichen Stromnetze vergeben. Stichtag für die neuen Kontrakte ist der 31. 12. 2012. Sollte die EnBW die „Netz-KG“ aus der Taufe heben können, hat sie auf einen Schlag 168 Konzessionen, die sonst alle einzeln verhandelt werden müssten, unter Dach und Fach. Sie könnte damit auch langwierigen Rechtsstreitigkeiten mit widerborstigen Gemeinden aus dem Weg gehen. Mit der „Netz-KG“ hätte die EnBW, so sagt Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer, in den nächsten 20 Jahren „ihr Monopol gesichert“.

Der NEV Der 1920 gegründete Neckar-Elektrizitätsverband verfügt als Anteilseigner bei der EnBW (0,7 Prozent) und der Frankfurter Süwag Energie AG (sechs Prozent) über ein Vermögen von rund 80 Millionen Euro. Die Süwag hat im NEV-Gebiet ebenfalls ein Stromnetz. Seinen Kritikern gilt er als „EnBW-Lobbyverband“, der es dem Karlsruher Konzern leicht mache, die notwendige Mehrheit in der „Netz-KG“ zu bekommen. NEV-Geschäftsführer Klaus Kopp weist das zurück. Die EnBW sei mit 49 Prozent nicht Herr im Hause, sagt er, aus seinem Verband lasse sich kein Mitglied herausbrechen. *jof*

Kommentar

Die Risiken sind groß

Opel Der Unmut in Brüssel und anderen europäischen Städten über die deutsche Hilfe wächst. Nach der Wahl droht die Abrechnung. Von Klaus Dieter Oehler

Karl-Theodor zu Guttenberg versucht unverdrossen, Zuversicht zu verbreiten. Er rechnet nicht mit einer Blockade der EU-Kommission bei der Übernahme von Opel durch den kanadisch-österreichischen Zulieferkonzern Magna, sagt der Bundeswirtschaftsminister diese Woche auf der weltgrößten Autoschau in Frankfurt. Er betont, dass man gemeinsam mit den anderen europäischen Ländern, in denen Opel-Werke sind, eine Lösung finden werde. Und natürlich werde man den Verdacht ausräumen, dass es der Bundesregierung bei ihrer Vorliebe für die Magna-Lösung vor allem darum gegangen sei, möglichst viele Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. „Dann hätten wir uns nicht EU-konform verhalten“, sagt Guttenberg.

Der Minister hat zu Recht lange Zeit der Magna-Lösung skeptisch gegenüber gestanden. Doch so kurz vor der Bundestagswahl kann der CSU-Minister nicht mehr anders reden. Die Bundesregierung wollte Magna und hat Magna bekommen. Dafür hat sie Beifall von der Opel-Belegschaft bekommen. Doch die Abrechnung könnte ihr nach der Wahl folgen. Die Bedenken der Brüsseler EU-Kommissare sind nicht von der Hand zu weisen. Ebenso ist die Aufregung der europäischen Partnerregierungen völlig verständlich. Die Regierung hat stets deutlich gemacht, dass sie das Magna-Konzept für das beste hält, weil damit die deutschen Standorte gesichert würden, hat gar dem Verwaltungsrat der Opel-Mutter General Motors damit gedroht, die angekündigten Milliardenhilfen nicht zu zahlen, wenn ein anderer Bieter zum Zuge käme.

Ob das wettbewerbsrechtlich in Ordnung sei, muss die EU entscheiden, möglicherweise werden sich sogar Gerichte mit dem Fall beschäftigen müssen. Viel wichtiger aber ist die Antwort auf die Frage, ob die Verbindung von Opel mit Magna, der russischen Sberbank, dem russischen Lastwagenbauer Gaz und der „alten“ Mutter GM tatsächlich die beste betriebswirtschaftliche Lösung ist. Der Vertreter der Bundesregierung, Manfred Wennemer, hat das in der entscheidenden Sitzung im Treuhänderbeirat glatt verneint. Gut zwei Wochen nach dem knappen Votum der Treuhänder für Magna sieht es so aus, als seien die Risiken der Transaktion größer als die Chancen.

Zum einen hat General Motors deutlich gemacht, dass man trotz der künftigen Minderheitsbeteiligung weiterhin kräftig mitmischen will. Ohne GM kann Opel nicht weltweit agieren, ohne Opel kann GM in Europa nicht erfolgreich sein. Die lange lästige Mutter ist Opel also nicht los. Das zweite große Risiko liegt in den nach wie vor vorhandenen Überkapazitäten. Opel hat in Europa zu viele Werke. Zwar beteuert Magna, dass man die Absatzzahlen „leicht“ von derzeit unter 1,5 Millionen auf über zwei Millionen steigern könne, wenn denn nur genug Opel-Modelle in Russland verkauft würden. Doch der russische Automarkt liegt noch schlimmer darnieder als der deutsche, die großen russischen Hersteller entlassen Zigtasende von Mitarbeitern. Das Problem des Stellenabbaus hat für Magna und Opel erst begonnen – und es geht über die deutschen Grenzen hinaus. Der Widerstand in Belgien, Spanien und Großbritannien beschränkt sich wegen des geschickten Taktierens der Bundesregierung nicht auf die dortigen Arbeitnehmervertreter, sondern reicht bis in die Politik.

Und Magna wird sich noch ausführlich mit den Folgen des Einstiegs für das eigene Geschäft auseinandersetzen müssen. VW und BMW haben bereits angekündigt, dass sie ihren bisherigen Zulieferer nicht als Konkurrenten sehen wollen. Ein erster Großauftrag könnte Magna mit dem Porsche-Boxster schon bald durch die Lappen gehen. Erst jetzt, viel zu spät, will die Bundesregierung den betriebswirtschaftlichen Sinn des Magna-Konzepts für Opel durch Wirtschaftsprüfer untersuchen lassen. Dem Opel-Betriebsratsvorsitzenden aus Bochum schwant Schlimmes: Es sei alles noch völlig offen, sagt Rainer Einkenkel. „Wir sind nicht weiter als vor den Sommerferien.“

Kontakt

Wirtschaftsredaktion
Telefon: 07 11/72 05-12 11
E-Mail: wirtschaft@stz.zgs.de